

# Danziger Zeitung.

Nr. 17027.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Umsätze kosten für die sieben gesetzte gewöhnliche Christzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Die Besserung im Befinden des Kaisers,

welche schon durch die Depeschen seit gestern Abend angekündigt war, dauerte glücklicherweise an, und diese neueren Meldungen, nämlich das letzte, in unserer heutigen Morgenausgabe mitgetheilte Bulletin des „Reichsanzeigers“ verursachen um so größere Erleichterung, je größer die durch das vorgebrachte offizielle Bulletin verursachten Besorgnisse naturgemäß sein mussten. Die Fassung dieses ersten Bulletins hatte in weiten Kreisen den Eindruck hervorgerufen, daß eine Katastrophe nicht mehr zu vermeiden sei. Bronchitis in Verbindung mit der Erkrankung des Kehlkopfs und der Luftröhre, vor allem aber Lungenentzündung würden die weitgehendsten Befürchtungen gerechtfertigt haben. Es würde sich dann nur noch darum gehandelt haben, wann die Entscheidung erwartet würde. Glücklicher Weise haben sich bisher wenigstens — alle diese Befürchtungen als übertrieben erwiesen und auch heute meldet der Telegraph verhältnismäßig Günstiges. Nachstehende Depeschen gingen uns im Laufe des heutigen Vormittags zu:

Berlin, 18. April, Vorm. 10 Uhr. (W. T.) Die Besserung im Befinden des Kaisers dauerte auch gestern Abend an, obwohl das Fieber in den Abendstunden etwas zunahm. Der Kaiser begab sich zeitig zur Ruhe.

Berlin, 18. April, Vormittags 11 Uhr 8 Min. (W. T.) Der Kaiser hatte eine leidlich gute Nacht, obwohl der Schlaf einmal durch Husten unterbrochen war. Das Fieber ist noch nicht gehoben. Der Kronprinz verbrachte die Nacht in Berlin.

Berlin, 18. April, 11 Uhr 58 Min. (Privattelegramm.) Der Kaiser befindet sich verhältnismäßig gut. Für heute sind Vorträge angesetzt.

In Ergänzung unserer telegraphischen Meldungen in der Morgen-Ausgabe sendet uns unser Berliner Correspondent noch folgenden Bericht von gestern Abend:

„Es ist wieder Hoffnung“, in diese Worte läßt sich die Situation zusammenfassen, wie sie heute Mittag nach Beendigung der Beratung der Ärzte bestand. „Gott sei Dank, Sr. Majestät geht es etwas besser“, sagte Prof. Senator, als er beim Verlassen des Schlosses von den gespannt harrenden Gruppen Theilnehmender angetreten wurde. Nebenbei bemerkt war auch heute die Zahl der vor dem Schlosse Anwesenden leicht zu zählen. Die Entfernung von der Hauptstadt ist zu groß, als daß das Gros der Bevölkerung ohne dringenden Anlaß an Werktagen nach Charlottenburg wandern könnte. Immerhin ist es interessant, das Treiben vor dem Schlosse zu beobachten. Gestern Nachmittag gab sich die Aufregung, welche über den Zustand des Kaisers im Schlosse selbst herrschte, in deutlicher Weise zu erkennen: Dienst in Löree, aber ohne Kopfsbedeckung fuhren in größter Eile nach dem unteren Theile der kleinen Stadt, was nicht verhinderte, daß sie bei ihrer Rückkehr von der überdringlichen Polizei festgehalten und nach ihrer Legitimation befragt wurden. Zugleich sah man, wie einzelne Zimmer im Erdgeschoss für die Nacht mit Bettwagen ausgerüstet wurden. Der weitgestreckte Bau mit all den hellerleuchteten Fenstern machte einen eindrücklichen Eindruck. Das Auf und Ab der Wagen, die nach Berlin fuhren oder von dort kamen, gab der Scene etwas Beunruhigendes. Gleichwohl trat nach der letzten, 9 Uhr Abends abgehaltenen Consultation der Ärzte eine bessere Stimmung ein. Heute harren die teilnehmenden Gruppen trotz der stechenden Frühlingssonne unberührt aus. Nachdem die zur Beratung zugezogenen Ärzte weggefahren, die Kronprinzessin, Großherzogin von Baden, die recht angegriffen aussah, und anderer Besuch eingetroffen war, trat eine verhältnismäßige Pause ein. Offenbar wurde das Diner serviert; man sah die Dienerschaft mit großen silbernen Schlüsseln vom dem Nebenflügel nach dem von der kaiserlichen Familie bewohnten Theile wandern. Selbstverständlich wurde der Kaiser, als er sich am Fenster zeigte, lebhaft begrüßt. Gleichwohl fand die Polizei wenig Anhänger, als sie die Wartenden mit der Verirrung, der Kaiser werde um 7 Uhr noch einmal am Fenster erscheinen, nach Hause schicken wollte. Inzwischen hat die heutige Consultation die gestrigen extremen Befürchtungen widerlegt. Die „Nat.-Ztg.“ erklärte noch heute früh aus bester Quelle zu wissen, daß in Folge der zeitweiligen Verschiebung der Canule — von der übrigens gar keine Rede sein kann — die Absonderung aus dem Kehlkopf in die Bronchien herabgesunken sei und dort entzündungsrege gewirkt habe. Die Consultation hat mit dieser Fiction aufgeräumt, wie selbst das offizielle Bulletin constatirt.

Ob die Mackenzie'sche Annahme, daß ein Abscess in der Luftröhre die Fieber- u. s. w. Erscheinungen hervorgerufen habe, sich als richtig erweist, ist Nebensache; das Wichtigste ist, daß die Bronchitis, wenn sie vorhanden war, sich nicht, was ein Theil der Ärzte gefürchtet und die Pestimisten als tatsächlich bereits eingetreten gemeldet hatten, zu einer Lungenentzündung erweitert, sondern zurückgegangen ist. Hoffentlich wird die heutige Abend stattfindende Consultation die neu erwachten Hoffnungen bestätigen.

## Politische Übersicht.

Danzig, 18. April.

Zu der Agitation gegen die Kaiserin. Es ist erfreulich, daß der berüchtigte Artikel „Keine Frauenzimmerpolitik“ nicht von Berlin

ausgegangen, sondern in dem Garten des sächsischen Particularismus erstanden ist. Die „Dresd. Nachr.“ schreiben:

„Wir wissen uns Eins mit der überwiegenden Mehrzahl unserer Landsleute, und die schier unzähligen, zum Theil begeisterten Aufschriften, die sich auf unserem Redaktionssitz gerade wegen unseres Artikels in der Bismarck-Krisis sammeln — Aufschriften aus allen Städten und Gegenden — beweisen uns, daß wir auf richtigen Wege sind. Aber eine Vermehrung müssen wir doch einlegen: Aus jenen Angriffen ersehen wir, was wir bis jetzt noch nicht wußten, daß unser Sonntagsartikel mit den Eingangsworten: „Keine Frauenzimmerpolitik“ im „Wittenberger Kreisblatt“ und in einer Anzahl anderer preußischer Amts- und Kreisblätter abgedruckt worden ist. Das freut uns.“

Der Artikel wird dann versichert, sei in der Redaktion des Dresdener conservativ-particularistischen Blattes selbstständig und ohne jede Anregung von außen verfaßt. Das „Wittenberger Kreisblatt“ erklärte, daß es sich dieser Erklärung „voll und ganz“ anschließe.

„Wir können dies um so eher“, sagt das Blatt in seiner uns vorliegenden Nummer vom 14. d., „als auch uns eben des angefeierten Leitartikels wegen überaus zahlreiche Anerkennungen und zwar aus den besten Gesellschaftsklassen zu Theil geworden sind.“

Wir lernen daraus erkennen, wie in Wahrheit die Gesinnung conservativer Rittergutsbesitzer in der Provinz Sachsen beschaffen ist. Anscheinend erst auf Grund des starren Festhaltens an dem Standpunkt des particularistischen Dresdener Blattes hat dennach unter dem Datum des 14. die kgl. preußische Regierung zu Merseburg erkannt, daß dem Kreisblatt die Befugnis entzogen ist, als amtliches Publicationsorgan zu gelten. Unter dem 16. d. M. ist das Blatt als „Wittenberger Tageblatt“ unter Versicherung der bisherigen Tendenz erschienen.

## Die Weichselregulirungscommission des Abgeordnetenhauses

hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher von neuem über den Gesetzentwurf betreffend die Regulirung der Stromverhältnisse in der Weichsel und Nogat berathen wurde. Es wird uns hierüber berichtet: Nach der so gründlichen früheren Berathung konnten neue Gesichtspunkte nicht zur Geltung gebracht werden, und es drehte sich die Debatte wesentlich um die Coupurierung der Nogat, welche einstimmig unter dem Eindruck der traurigen Verhältnisse, die jene so gesegneten Türen betroffen haben, angenommen wurde, allerdings gegen den Widerspruch sämtlicher Regierungscommissare, welche den Gesetzentwurf in dieser Form für unannehmbar erklärt hatten. Die Petitionen des Deichamts der rechtsseitigen Nogat, des großen Marienburger Werders, des Magistrats von Elbing u. a. kamen hierbei zur Berücksichtigung. Sie verlangten alle die Coupurierung der Nogat.

Die Bedenken, welche die Stadt Danzig wegen des Nahrungsüberschusses erhoben hat, kamen ebenfalls zur Berathung, fanden aber auch dieses Mal keine Unterstützung, und es wurden die vom Abgeordneten Steffens formulirten Anträge mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt, welche in § 1 der Vorlage an Stelle der Positionen a-d stehen wollten: a. Durchdeichung der Danziger und Elbinger Weichsel und Zurückverlegung der Stromdeiche von den Mündungen bis zur Gemüthe Weichbude aufwärts, b. Regulirung der Weichselmündung bei Neustädt.

Mit Rücksicht auf die größere Sicherheit, die den Bewohnern der Nogat-Niederung durch die Coupurierung gewährt würde, wurde nach einem Vorschlage der Abgeordneten v. Puttkamer der Kostenbeitrag der Interessenten von 7 230 000 Mark auf 10 Millionen erhöht.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

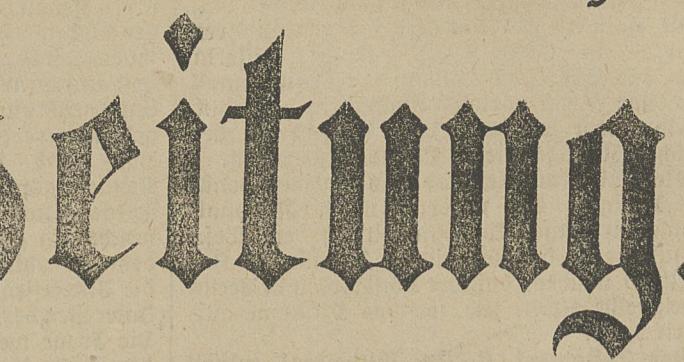
## Einbringung des Altersversorgungs-Gesetzes.

Offiziösem Bernehmen nach hat der Kaiser den Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter, gezeichnet, sodass die Einbringung desselben im Bundesrat wohl heute bereits erfolgen dürfte. Wir hören, daß der Entwurf gegenüber dem Inhalt der Grundzüge sehr wesentliche und bedeutsame Abänderungen erfahren hat.

## Dr. Peters und der Sultan von Zanzibar.

Mit der Ankunft des Herrn Dr. Peters in Berlin hatte eine Preßcampagne begonnen, welche im Interesse der Gache, die Herr Dr. Peters vertritt, zu unterstellen wäre, zumal ja doch die deutsche Colonialpolitik nicht in solcher Verbindung zu Herrn Dr. Peters steht, daß jede einzelne Phase seiner Thätigkeit von Einfluß auf diese Politik sein könnte. Vor kurzem hat die in enger Verbindung zu Herrn Dr. Peters stehende „Colonialzeitung“ eine offenbar von ihm herührende Mittheilung gebracht, wonach das Schießen der Verhandlungen mit dem verstorbenen Sultan von Zanzibar außerhalb des Willens des Herrn Dr. Peters gelegen haben soll.

Demgegenüber heben die „Pol. Nachr.“ hervor, daß der Sultan mit Dr. Peters nicht verhandeln wollte, und daß mit dieser Entschließung des Sultans auch für Dr. Peters in Ostafrika nichts mehr zu thun übrig blieb. Daß der neue Vertreter der ostafrikanischen Gesellschaft, Herr Consul Böhsen, nicht mit der Fortführung der Verhandlungen beauftragt ist, hat seine Richtigkeit; aber auch wieder aus einem in der Peters'schen „Colonialzeitung“ nicht erwähnten Grunde, nämlich, weil diese Verhandlungen durch den kaiserlichen Generalconsul Michaelles zum Abschluß gelangt sind. Mit den hier constatirten Thatsachen dürften die Auseinandersetzungen mit ihm abgeschlossen sein.



## Oder - Regulirung.

Die Reihe der Vorlagen für den Landtag dürfte in naher Frist noch um eine weitere Vorlage vermehrt werden. Diese betrifft die Canalisirung der oberen Oder von Breslau aufwärts bis Rosel, die Regulirung der unteren Oder abwärts von Schwedt und die Herstellung einer leistungsfähigen Wasserstraße durch Berlin. Durch das erstgedachte Unternehmen, mit welchem die Durchführung der Wasserstraße durch das Weichbild von Breslau in Verbindung steht, wird das lezte Stück einer leistungsfähigen Wasser-Straße von Berlin, bzw. Stettin nach dem oberösterreichischen Monian-Revier, soweit zu Wasser dieses überhaupt erreicht werden kann, hergestellt. Die Regulirung der unteren Oder bezieht diesen Theil des Stromes, welcher von der im Jahre 1886 vollendeten planmäßigen Regulirung des übrigen Stromes aus dem Grunde ausgeschlossen war, weil er von Natur die dort zu erzielende Fahrtiefe bereits hatte, theils weiter zu verbessern, theils von schädigenden Einwirkungen der oberhalb vorgenommenen Correctionen zu befreien. Die Uferanlieger ihrerseits werden die Eindeichungen und sonstigen Schubarbeiten zu übernehmen haben, wie denn auch bei der erstdachten Anlage eine finanzielle Mitwirkung der Bevölkerung, insbesondere der Stadt Breslau, nicht ausgeschlossen ist.

Die Ausbildung der Spree von dem Mühlendamm bis zu der canalisirten UnterSpree zu einer leistungsfähigen Wasserstraße bedingt eine erhebliche Senkung des Wasserpiegels der Spree, durch welche die sanitären und Verkehrsverhältnisse der Stadt Berlin wesentlich gefördert werden. Dieses Unternehmen soll mit den damit verbundenen Brücken- und Straßenbauten daher von dem Staat und der Stadt zu gleichen Theilen ausgeführt werden. Durch dasselbe wird dem Durchgangsverkehr von Oberösterreich nach Hamburg eine gleichmäßig leistungsfähige Wasserstraße zur Verfügung gestellt. Mit dieser Vorlage würden dann die Erklärungen der befreiteten Minister bei der Staatsberatung in der kürzesten Zeit ihre praktische Verwirklichung finden.

## Versicherung gegen Hagelschäden.

Sowohl bei den Verhandlungen im deutschen Landwirtschaftsrathe als anderweitig ist, schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“, öffentlich beklagt worden, daß die Versicherung gegen Hagelschäden gerade bei der bäuerlichen und kleinbäuerlichen Bevölkerung im allgemeinen wenig Verbreitung gefunden hat, sodass diese Bevölkerungsklassen beim Eintritt eines bedeutenden Hagelschadens nicht selten in ihrer Existenz gefährdet sind. Es erscheint als eine Aufgabe der Staatsbehörden, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Befestigung dieses den öffentlichen Interessen widerstreitenden Zustandes hinzuwirken. Die Amtsverwalter sind daher aufzufordern, die ländlichen Grundbesitzer ihrer Bezirke in geeigneter Weise auf die wirtschaftlichen Vortheile der Hagelversicherung aufmerksam zu machen, wobei jedoch von der Empfehlung oder Namhaftmachung einer bestimmten Versicherungsgesellschaft abzusehen ist.

## Die Silberproduktion Deutschlands

hat nach dem Jahresbericht des Aachener Berg- und Hüttenmännischen Vereins im Jahre 1887 abermals eine beträchtliche Steigerung erfahren; von 298 466 Kilo gr. im Jahre 1886 hat sie sich auf 326 293 Kilo gr. also um mehr als 9 procent gehoben. In einem ähnlichen Maße nimmt die deutsche Silberproduktion bereits seit einem Jahrzehnt zu. Das Ergebnis von 1887 beträgt fast das Doppelte der 1878 gewonnenen Menge; seit 1880 ist die Produktion von 184 667 Kilo gr. auf 326 293 Kilo gr. oder um 76 pro cent angewachsen. Wie in den Vorjahren ist die Vermehrung der Produktion auch im letzten Jahre fast ganz durch den Import fremder, in Deutschland verhütteter Erze erfolgt; wie die Vorjahre hat aber auch das Jahr 1887 einen weiteren Preisrückgang ergeben, denn der Durchschnittspreis für 1887 stellte sich auf 131,21 Mk. pro Kilogr., um 2 Mk. niedriger als für 1886. Auf die Pläne der consequenten Bimetallisten werfen diese Produktions- und Absatzresultate ein recht bezeichnendes Licht. Jedenfalls läßt sich erkennen, daß bei Silber, wie bei jeder anderen Ware der Preis unter dem Einfluß einer steilen, starken Produktionssteigerung eine rückläufige Tendenz verfolgt und verfolgen muss, wenn selbst bei dem gegenwärtigen Preisstande in immer größerem Umfang produziert wird; den deutschen Verhältnissen entsprechen die Verhältnisse der anderen Hauptproduktionsländer. Zugleich ergiebt sich aber heraus auch ein zuverlässiger Schluß auf die Folgen, welche eine durch internationale Vereinbarungen bewirkte künftliche Erhöhung des Silberpreises auf das einst im lateinischen Münzbunde angenommene Wertverhältnis zum Golde notwendig haben müsste. Das damalige Verhältnis von 1 : 15½ entspricht einem Silberpreis von 178 Mk. pro Kg. Es bedarf keiner starken Phantasie, um sich auszumalen, zu welchem Umfang bei einem solchen festen, garantirten Preisstande sich eine Production ausdehnen müsste, welche heute bei Preisen von 133—131 Mk. pro Kg. noch mit Vortheil arbeitet. Allerdings würde die Ausführung einer so widernatürlichen Wertsteigerung an dem thätigen Widerstand des Verkehrs gegen solche gesetzliche Fiction als bald scheitern, aber nicht ohne daß der Versuch vorher die wildeste Verwirrung in alle Verhältnisse gebracht hätte.

## Das österreichische Wehrgesetz.

Wie aus Wien telegraphiert wird, hat der Wehrausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses gestern die neue Wehrvorlage unverändert

angenommen. Der Minister für Landesverteidigung erklärte, die Anwendung des Gesetzes solle nur ausnahmsweise erfolgen; in anderen Staaten beständen betreffs der Heranziehung der Reserve viel strengere Bestimmungen. Eine Garantie gegen Missbrauch des Gesetzes liege in der Billigung des Budgets.

## Wegebauten in Westpreußen.

Nach den der „Pol. Corr.“ aus Warschau zu gehenden Mitteilungen wird auf die Innshaltung und Verwölbung des Stromes von der Regierung nach wie vor großes Gewicht gelegt. Die Gemeinden werden streng verhalten, ihren diesjährigen Obliegenheiten genau zu genügen. Nunmehr handelt es sich um den Bau von sechs neuen Chausseen, welche für die allgemeinen Verkehrsverhältnisse, insbesondere aber für die strategischen Zwecke, von Belang sind. Für den Bau dieser Chausseen, einschließlich einiger anderer Bauten zu Communicationszwecken, wurde vom Reichsrath dem Communications-Minister ein Credit von 1 085 000 Rubel bewilligt.

## Boulanger und die Amerikaner.

Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die jüngste Bewegung in Frankreich zu Gunsten Boulangers von reichen Amerikanern in Paris in Scène gesetzt worden sei, wird, schreibt die „Post“, von unterrichteter Seite bestätigt. Die Wahl Boulangers im Nord-Departement hat bedeutende Summen erfordert, welche von zwei Fürsten der amerikanischen Finanzwelt, Macan und Gordon Bennett, hergegeben worden sind.

Trotz dieser „Bestätigung“ ist diese Angabe selbstverständlich zu beweisen. Was in aller Welt sollen die Amerikaner damit beweisen? Um solchen Sport ohne reellen Vortheil zu treiben, dazu sind die Yankees viel zu praktisch und verständig.

## Die Lage des Fürsten Ferdinand.

Aus Konstantinopel wird der „Pol. Corr.“ geschrieben:

Wenn man heute hier von der bulgarischen Frage spricht, geschieht es nicht mehr wie von einer durch die Logik der Notwendigkeit sich auf die Tagesordnung drängenden Angelegenheit. Thatjäglich gibt das mit dem diplomatischen Banspruch belegte Staatswesen viel weniger Grund zur Klage als andere, aller Rechte und einer allseitigen Anerkennung sich erfreuende Staaten. Wenn sie und da doch Bedenken aufzuzeigen, so betreffen sie die Stellung des Prinzen Ferdinand. Ist dieselbe wirklich so gefährdet, wie gewisse Zeitungs-Berichterstatter sie hinzustellen belieben? Hier ist in versierten Kreisen nur so viel bekannt, daß Prinz Ferdinand sich vollster Sicherheit und ungeschmälter Treue seiner Minister erfreut, und ebenso ist man überzeugt, daß der Prinz keinen gewaltigen Eingriff von außen her zu befürchten hat. Das wäre genug, um an und für sich allen Freunden der ruhigen Fortentwicklung Bulgariens vollste Beruhigung zu bieten. Die hiesigen politischen Kreise glauben denn auch nicht, daß die Stellung des Prinzen Ferdinand durch die Bulgaren selbst erschüttert werden wird, obwohl von überwältigender Seite fortwährend versichert wird, der Prinz rüste zur Abreise. Diese Ausschreibungen verfolgen ihren bestimmten Zweck. Wenn sie auch den Prinzen Ferdinand nicht zur Abreise veranlassen werden, so können sie doch das bulgarische Volk dahin bringen, an diese Eventualität allmählich zu glauben.

## Deutschland.

△ Berlin, 17. April. Der Beschuß des Bundesrats bezüglich der Ausprägung von Einführungsmünzen lautet: „Es wurde im Verfolge des S. 217 beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß 1) ein weiterer Betrag von Einführungsmünzen in Höhe von etwa 600 000 Mk. ausgeprägt wird und 2) bei Vertheilung dieser Prägung auf die einzelnen Münzstätten die in dem Bundesratsbeschuß vom 19. Februar 1877 Punkt 3 bestimmten Prozentsätze mit der Münzgab zu Grunde gelegt werden, daß der bisher der Münzstätte in Darmstadt zugewiesene Prozentsatz den übrigen Münzstätten nach Münzgab ihrer Verhältniszahl zwächst.“

L. Berlin, 17. April. Die freisinnige Partei des Abgeordnetenhauses (Berling und Gen.) hat zu dem Schullastengesetz den Antrag eingebracht, den § 5 der Regierungs-Vorlage: Generelle Aufhebung des Schulgeldes für die Internen, wieder herzustellen. Die Nationalliberalen, Conservativen und Freikonservativen beantragen (wie bereits in den Morgentelegrammen erwähnt ist), die Erhebung von Schulgeld in einzelnen gehobenen Volksschulen (die nicht über das Ziel der Mittelschulen hinausgehen) zu gestatten und die einstige Erhebung von Schulgeld da, wo der Staats-Zuschuß den Ausfall nicht decken würde, für längstens 10 Jahre zuzulassen. Die „Nat.-Ztg.“ bezweifelt, daß der Antrag in dieser Fassung die Zustimm

Köln. Itg." zugleich derjenige wäre, der der „Nat.-Itg.“ das Märchen von der Übertragung des Aehlkopfleidens auf die Lunge aufgebunden hat.

\* [Die Kaiserin als Materin.] Während ihres Aufenthalts in San Remo hat die Kaiserin Victoria das Bild einer italienischen Frau gemalt und dasselbe einem dortigen Kinderheim geschenkt. Das Bild wurde verkauft und ist jetzt in der Tooth'schen Kunstsammlung in London ausgestellt.

\* [Die Kaiserfamilie und das Nationaldenkmal.] Bezuglich des zu errichtenden Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm soll sich der „West-Itg.“ aufzulösen in der kaiserlichen Familie die Ansicht geltend machen, daß der Königsplatz in Berlin die geeignete Stätte sei, wo das Denkmal aufzuführen wäre.

\* [Das Testament Kaiser Wilhelms] enthält der „Neuen Zeit“ zufolge ein Codicill aus dem Jahre 1882, nach welchem der Stadt Charlottenburg 50 000 Mk. zur Verwendung für mildthätige Stiftungen vermachte sind.

\* [Feldmarschall Graf Blumenthal] ist durch Cabinetsordre vom 12. April unter Entbindung von dem Commando des IV. Armeecorps zum General-Inspekteur der 4. Armee-Inspection (Garnison Berlin) und gleichzeitig auch zum Chef des reitenden Feldjäger-Corps ernannt worden.

\* [Minister von Putthamer] beabsichtigte, nachdem er die Überschwemmungsgebiete der Elbe, Warthe, Weichsel und Nogat bereist hat, sich zu gleicher Zwecke jetzt nach Ostpreußen zu begeben, hat die Reise jedoch wegen des Besindens des Kaisers noch verschoben.

\* [Beamte der ostafrikanischen Gesellschaft.] Außer den Herren Consul Böhsen, Heinrich Gemmeler und Lieutenant a. D. v. St. Paul-Illaire werden sich mit der nächsten Post folgende Beamte der ostafrikanischen Gesellschaft nach Janibar begeben: Kaufmann Otto Ostermann, Christian Lautherborn, Baumwollpflanzer aus Texas, und Bureaubeamter Bente. Denselben werden sich anschließen Dr. med. Carl Hadenfeldt aus Jarrenthin, der vom Auswärtigen Amt subventionirte Arzt, sowie zu einer Studienreise Amtsrichter R. Dilthen.

\* [Die Schwester des Sultans von Janibar.] Eine seiner Zeit vielgenannte Dame, Frau Emilie Rüeke, die Schwester des kürzlich verstorbenen Sultans von Janibar, wird sich, wie das „Frks. Journ.“ meldet, mit der nächsten Post in Begleitung ihrer jüngsten Tochter nach Janibar begeben. Sie war bekanntlich die Frau eines Hamburger Kaufmanns. Schon einmal hatte sie, um die Auszahlung ihres Erbteils zu erlangen, im Jahre 1885 eine Fahrt nach Janibar unternommen. Der jetzt verstorbene Sultan Said Bargash lehnte jedoch damals jede Versöhnung ab, bot ihr aber als einmalige Entschädigung für das widerrechtlich zurückbehaltene Erbteil 6000 Rupees (ca. 9500 Mk.) an, welche Summe Frau Rüeke zurückwies. Mit dem neuen Sultan, ihrem Bruder Chalifa, hofft Frau Rüeke eine Versöhnung erzielen zu können.

\* [Auferstehung eines „Königstreuen“.] Drei Kreistags-Mitglieder in Lauenburg haben der „Elmsh. J.“ zufolge ein Protokoll dem Landrat zugestellt, wodurch festgestellt ist, daß am Bahnhofsbuffet in Mölln der Kreisdeputierte Rittergutsbesitzer M. eine Stütze jener Partei, welche sonst die Königstreue für sich gehabt zu haben glaubt, am 10. März die Auferstehung gehabt hat: „Er bedauere sehr, daß der Kronprinz nicht vor seinem Vater verstorben sei, damit die Kronprinzessin nicht die Genugthuung gehabt hätte, deutsche Kaiserin geworden zu sein!“

\* [Eine Entschädigungsklage.] Das „Alene Journal“ teilt mit, daß Fürst Blücher von Wahlstatt, als Besitzer des Hauses Pariser Platz 2, gegen den Berliner Magistrat eine Klage auf Entschädigung von 3650 Mark angestrengt hat, weil der Magistrat ihn durch die Errichtung einer Zuschauertribüne am Tage der Belagerung des Kaisers Wilhelm in seinen Interessen geschädigt habe.

\* [Neuregelung des Wasserrechts.] Nach der „West-Itg.“ zugehenden Mitteilungen fanden im Herbst 1887 zwischen den befreiten preußischen Ressorts über die Frage wegen Herstellung einer rationellen und planmäßigen Wasserwirtschaft im Interesse der Schiffahrt, der Landesbaukunst und der Industrie eingehende Verhandlungen statt.

In Folge der neuesten Hochwasserschäden ist die wichtige Angelegenheit wieder in Fluß gekommen. Die Materie bietet große Schwierigkeiten und bedarf der sorgfältigsten Prüfung von den dabei in Betracht kommenden juristischen, administrativen und wirthschaftlichen Gesichtspunkten aus. Es handelt sich um die Herstellung eines einheitlichen, den vorerwähnten Interessen entsprechenden Rechts an Stelle der verschiedenen Systeme, welche bisher in Geltung waren, eines Rechts, welches die bisher hervorgetretene Collision der Interessen der Landesbaukunst und der verschiedenen Gewerbe, die auf die Benutzung des fließenden Wassers angewiesen sind, nach Möglichkeit beseitigt. In Preußen giebt es noch einzelne Landesteile, in welchen eingehende gesetzliche Bestimmungen über das Wasserrecht nicht existieren, z. B. in einem niederrheinischen Bezirk, wo eine aus dem 16. Jahrhundert stammende Verordnung den Anhalt bietet, dahin gehend, daß niemand seinen Nachbar „verdrögen“ (nicht das Wasser entziehen) oder „verdränken“ (das Wasser auf sein Eigentum überleiten) darf. Im übrigen bestehen in Preußen verschiedene Gesetze, betreffend das Wasserrecht, nämlich: das Gesetz vom 28. Februar 1843, welches für den größeren Theil der Monarchie in Geltung ist, und für den Bezirk des früheren Appellationsgerichts in Köln mit der Maßgabe, daß in zweifelhaften Fällen das Interesse schon vorhandener, auf Triebwerken beruhender gewerblicher Anlagen über das der Bodenkultur zu stellen sei; die im Jahre 1846 revidierte alte Giegenische Wiesen-Ordnung aus dem 16. Jahrhundert; die Mühlen-Ordnung für die hohenlohischen Lande vom 18. November 1845; das Vorstutzen für Neuvorpommern und Rügen vom 9. Januar 1867; das Gesetz wegen Beschaffung der Vorstutzen im Bezirk des Justizialrats zu Ehrenbreitstein und in den hohenlohischen Landen vom 14. Juni 1859; das hannoversche Gesetz vom 22. August 1847 über Entwässerung, Bewässerung und Stauanlagen.

Die in Aussicht genommene Neuregelung des Wasserrechts soll sich auch auf die Flussverunreinigungsfrage erstrecken. Die Abflusswässer aus Schlachthäusern, Fabriken, Färbereien, Bierbrauereien etc., überhaupt aus solchen Fabriken und Etablissements, welche organische Stoffe verarbeiten und ablassen, bieten nicht selten Gegenstand der Klage, weil sie bei mäßigem Laufe üblen Geruch verbreiten, Bäche und Flüsse verunreinigen und für Fischzucht, Biertränke, Be-

rieselung etc. unbrauchbar machen. Die bestehenden ministeriellen Verordnungen, welche wiederholt zur genauen Beachtung mit dem ausdrücklichen Hinweise in Erinnerung gebracht worden sind, daß unsäglichere, zur Abführung von unreinen Abgängen bestimmte Canalisationsunternehmungen in keinem Falle zur Ausführung gebracht werden dürfen, bevor die betreffenden Bau und damit in Verbindung stehenden Reinigungsprojekte nicht dem Ministerium vorgelegen und die Zustimmung erhalten haben, weichen in der Praxis in der Regel so sehr von den Sichtungen der Sachverständigen ab, daß bald die Interessen der zunächst Befreiteten, bald die Interessen der Gesundheitspflege geschädigt werden. Die Frage wegen Verhütung von Berunreinigung der Flüsse durch schädliche Stoffe ist bereits einer commissarischen Berathung unterzogen worden, nachdem einzelne Gewerbe kammer, z. B. die von Brandenburg, am 3. Februar 1887 sich für eine Neuregelung der Materie ausgesprochen hatten.

Astora, 17. April. Das hiesige Betriebsamt giebt bekannt: Die Strecke Lanzen-Lenzien ist soweit niedervergossen, daß der Betrieb von heute ab für die Personen-, Gepäck- und Stückgut-Derkehr wieder aufgenommen wird. Es verkehren täglich 3 Züge in jeder Richtung.

Baden-Baden, 17. April. Die Kaiserin von Österreich ist heute Vormittag zu längrem Aufenthalt hier eingetroffen.

Rassel, 14. April. Die große Conferenz der Ribenbucker-Industriellen findet vom 14. bis 17. Mai hier in Rassel statt. Man rechnet auf 600 bis 800 Teilnehmer.

Weimar, 17. April. Der Großherzog und die Großherzogin haben sich heute nach dem Haag begeben.

### England.

Dublin, 17. April. Der Deputierte für Ost-Mayo, John Dillon, ist heute hier verhaftet worden.

### Gerbien.

Belgrad, 17. April. In der Skupstchina teilte der Präsident den Dank der deutschen Regierung für die anlässlich des Ablebens des Kaisers Wilhelm erfolgten Beileidsbekundungen der serbischen Bevölkerung mit. (W. L.)

### Danzig, 18. April.

Wetteraussichten für Donnerstag, 19. April, auf Grund der Berichte der deutschen Gewerke.

Veränderliche Bewölkung, zum Theil aufklarend und heiter, zum Theil bedeckt mit Regensäulen bei leichtem bis mäßigem Winden mit wenig veränderter Temperatur.

Am 19. April: G.-A. 4.55, G.-U. 7.5, M.-A. bei Tage, M.-U. 1.51 (Erittes Dierter).

\* [Von der Weichsel und vom Hochwasser.] Heute früh sind die ersten drei mit Getreide beladenen Rähne aus Oberpolen in Plehnendorf angekommen. Es kann damit die Schiffahrt im ganzen Laufe des Weichselstromes als eröffnet betrachtet werden. Dagegen hat die Wasserverbindung mit Elbing noch immer mit großen Hindernissen zu kämpfen. Der Dampfer „Alice“ hat seine Fahrten dorthin bereits wieder einstellen müssen, da die Elbinger Weichsel wegen zu niedrigen Wasserstandes für ihn nicht passierbar ist. Der Wasserstand bei Thorn beträgt heute nach telegraphischer Meldung 3.52 (gestern 3.73) Meter, derjenige bei Raum 3.45 (gestern 3.66) Meter.

— Ferner wird aus Plehnendorf gemeldet: Wasserstand 3.76 Meter am Oberpegel, 3.30 Meter am Unterpegel. Die Eisbrechdampfer sind jetzt mit Schleppen von Fahrzeugen, welche Faschingen, Sand, Steine, Pfähle nach den Bruchstellen bringen, fast Tag und Nacht beschäftigt. Die Sicherungsarbeiten an der Schleuse nehmen jetzt ihren regelrechten Fortgang.

Aus Elbing erhielten wir auch heute mehrere Berichte. Den einen derselben lassen wir nachstehend folgen. Den übrigen entnehmen wir, daß nach dem Abgang der bisher in Elbing stationirt gewesenen 2. Compagnie des Danziger Pionier-Bataillons, deren Thätigkeit dort bei allen Bürgern die wärmeste Anerkennung findet, die 1. Compagnie des pommerschen Pionier-Bataillons Nr. 2 die militärische Überwachung und Versorgung des Überschwemmungsgebietes allein übernommen hat. Hauptmann Behn, der Führer dieser Compagnie, leitet einstweilen auch die zur möglichsten Entwässerung und Communication erforderlichen Maßnahmen. Ihm ist ferner ein 17 Mann starkes Gendarmerie-Commando unterstellt. In den Niedersträßen von Elbing haben in Folge der Überschwemmung 92 Wohnhäuser geräumt werden müssen, von denen 19 wieder bezogen sind. Die übrigen Gebäude werden genau untersucht und desinfiziert werden.

\*\* Elbing, 16. April. Die von dem Regierungs-commissar hier selbst einberufene Versammlung zur Beaufsichtigung der demnächst vorzunehmenden Entwässerungsarbeiten in dem Überschwemmungsgebiet fand am 14. d. Mts. Mittags im hiesigen Casino statt. Zu derselben hatte sich der Regierungs-präsident Frhr. v. Massenbach aus Marienwerder eingefunden, da ein Theil der zum Regierungsbezirk Marienwerder gehörigen Stuhmkirche Niederung dem Deichverbande der rechtsseitigen Nogatniederung angehört. Anwesend waren ferner als Vertreter des Deichamts der Deichhauptmann Wunderlich und 8 Deichgesetzore, außerdem eine gräßere Anzahl von Vertretern der staatlich organisierten Deichgenossenschaften und der nicht organisierten Polter- und Entwässerungsverbände. Nach Gründung der Versammlung und nachdem der Deichhauptmann Wunderlich der Staatsregierung den Dank des Verbandes für die Niederung bei dem jetzigen Nothstande gewährte thatkräftige Fürsorge ausgesprochen hatte, gab der königl. Commissar einen Überblick über die Maßregeln, welche seit Beginn der Überschwemmung im Interesse der Sicherheit des Inundationsgebietes getroffen waren, besprach insbesondere die sofort nach der Katastrophe bei Jonasdorf eingeleiteten Vorarbeiten zum Absangen des Deichbruches und wies dabei mit Bank auf die Brüche hin, welche der Herr Oberpräsident als Chef der Strombau-Verwaltung hierzu gewährt hat. Darauf führte der Commissarius aus, daß nach Absangung des Bruches unverzüglich die Arbeiten zur Herstellung der zerstörten Binnendeiche und Entwässerungsanlagen begonnen werden müßten, damit die Trockenlegung der Niederung keine Verzögerung erleide. Er stellte sodann die Frage zur Größerung, ob es möglich sei, schon jetzt — vor Absangung des Bruches — Vorbereitungen für die spätere Entwässerung zu treffen. Da in dieser Beziehung bestimmte und übereinstimmende Vorschläge nicht gemacht wurden, so erfuhrte der Commissar die Anwesenden, jene Frage in engeren Kreisen in Erwägung zu ziehen und in einer demnächst anzuberuhenden weiteren Sitzung positive Vorschläge zu machen. Da dem Auspumpen des Wassers die Freilegung und Herstellung der Binnendeiche vorangehen muß, so wurde mit Herrn Hauptmann Behn vom Pionier-Bataillon Nr. 2 und Deichhauptmann Wunderlich vereinbart, daß dieselben sofort das Inundationsgebiet bereisen und gemeinschaftlich diejenigen Stellen der Deiche feststellen sollten, an welchen vorläufig Aus-

fälle herzustellen sind. Die demnächstigen weiteren Bevorräthungen werden nach etwa 8 Tagen stattfinden.

Strasburg, 15. April. Das Hochwasser hat in allen an der Dreisam und deren Nebenläufen gelegenen Theilen unseres Kreises gewaltige Verheerungen angerichtet. Ganz besonders hart ist das unmittelbar an der russischen Grenze belegene Gut Bachor mitgenommen worden. Nachdem daselbst am 15. Februar durch eine Feuersbrunst sämtliche Wirtschaftsgebäude zerstört worden, riß das Hochwasser in den letzten Tagen dieses Monats beide Mühlbachen, die Freischleuse und einen großen Theil des Mühlteich umgebenden Dammes hinweg und setzte die Mahl- und Schneidemühle bis zum Dach unter Wasser, während auch in dem etwas höher gelegenen Wohnhause das Wasser in alle Zimmer drang. Gleichzeitig spülten die wilden Fluten des sonst so friedlichen Mühlbaches beide Brücken hinweg, so daß das Wohnhaus mit seinen Insassen mehrere Tage hindurch eine Insel bildete. Das Wasser hat sich jetzt bereits verlaufen, die früher so romanische Befestigung aber bietet ein trostloses Bild der Verheerung, und Wochen werden vergehen, bevor der Betrieb in den Mühlen, die natürlich auch sehr stark beschädigt sind, wieder aufgenommen werden kann. Der Besitzer, ein junger, sehr strebsamer Mann, ist durch den doppelten Schaden ruinirt, falls ihm nicht kräftige Hilfe zu Theil wird.

\* [Bugverspätung.] Einen unliebsamen Aufenthalt hatten gestern Abend die mit dem sogenannten Theaterzug um 11 Uhr Abends von Danzig nach Zoppot zurückkehrenden Passagiere. Kurz vor Absatz des Juges wurde plötzlich die Zugmaschine defect und erst 2 Stunden später traf eine neue Locomotive ein, welche den Zug an seinen Bestimmungsort beförderte.

\* [Neue Eisenbahnbauten.] Während die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses nach ihrem soeben erschienenen Bericht die Regierungs-Vorlage in Betreff der neuen Eisenbahn-Bauausführungen, so weit sie unseren Osten betreffen, also einschließlich der zweiten Geleise auf den Strecken Danzig-Zoppot und Danzig-Hohenstein, in allen Punkten befürwortet hat, ist von den Abg. Jäckel (Strasburg) und v. Sedlitz folgender Abänderungs-Antrag eingegangen:

„Durch den inzwischen erfolgten Eintritt ausgedehnter Überschwemmungen in dem von den geplanten Bahnen Hohenstein-Marienburg bzw. Malboden und Miswalde-Elbing berührten Gebiet haben die befreiteten Kreise Marienburg, Elbing, Stuhm, Pr. Holland, Mohrungen und Osterode darunter in ihrer Leistungsfähigkeit gelitten, daß sie selbst bei aller Anstrengung ihrer Kräfte zu der von ihnen verlangten Ausbringung der Grundwasserhöhen in der veranschlagten Höhe von 760 000 und 173 000, zusammen 933 000 Mk. nicht mehr im Stande sein würden. Es wird deshalb beantragt, die Grundwasserhöhen unter den veränderten Verhältnissen ausnahmsweise auf die Staatskasse zu übernehmen. Es dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß die königl. Staatsregierung diesem Antrage ihre Zustimmung ertheilen wird, um so mehr, als dadurch in den beschädigten Kreisen die wünschenswerthe Gewährung von lohnender Arbeitsgelegenheit beschleunigt wird.“

\* [Ladefrist für bedeckte Güterwagen.] Nach Bekanntmachung der königl. Eisenbahn-Direction zu Bromberg hat wegen des Mangels an bedeckten Güterwagen bei diesen die Frist zur Beladung und Entladung vom 15. d. M. ab auf acht Tagesstunden herabgesetzt werden müssen. Ausgenommen von dieser verkürzten Ladefrist sind nur solche Versender und Empfänger, welche fünf Kilometer und mehr von den Bahnhöfen entfernt wohnen.

\* [Getreidebeschaffungen aus Polen.] Gestern sind hier mit der Eisenbahn 162 Wagen Getreide und Alei eingegangen, und es hat somit die Getreidezufuhr, die so lange gestockt hat, wieder begonnen. Freilich haben diese ersten Zufuhren, die zum größten Theile aus Sendungen bestanden, welche wochenlang auf ihre Beförderung haben warten müssen, die Befürchtungen, die man betrifft ihrer gegegen hat, leider gerechtfertigt. Die Wagen haben das eindringende Wasser nicht völlig abhalten können, so daß sämmtliche Ladungen mehr oder weniger durch Nässe gelitten haben. Namentlich gilt dieses von der Alei, die sich unter dem Einfluß der Feuchtigkeit zu kompakten Klumpen zusammengeballt hat.

\* [Herr Oberbürgermeister v. Winter] trat heute Vormittag eine Reise an. Für die Dauer seiner Abwesenheit hat hr. Bürgermeister Hagenau die Leitung der Magistratsgeschäfte übernommen.

\* [Wechselseitige Abrechnung.] In dem nun abgelaufenen Statthalbjahr 1887/88 hat der Wechselseitige im Bezirk der Oberpostdirektion zu Danzig 99 169 Mk. ergeben, d. h. 10 480 Mk. weniger als im Vorjahr. Im Königsberger Bezirk betrug er 113 065 Mk. (4362 Mk. weniger als im Vorjahr), im Bromberger 28 425 Mk. (3672 weniger als 1886/87). Einen annähernd gleichen Minder-Ertrag wie Danzig hatte nur noch der Bezirk Breslau, wo sich 157 000 Mk. Gesamtentnahmen ein Minus gegen das Vorjahr von 15 917 Mk. ergab. Verhältnismäßig kleine Minder-Einnahmen ergaben nur noch die Bezirke Berlin, Liegnitz, Stettin, Frankfurt a. O., Halle und Trier, Braunschweig und Elsfeld-Lohrungen. In den übrigen Bezirken Deutschlands steigerte sich der Ertrag des Wechselseitigen um zusammen 157 424 Mk.

\* [Eine zeitgemäße Broschüre], welche die Wiederherstellung überschwemmtes gewesene Gebüde behandelt, hat der königl. Bauinspektor Hilgers in Wiesbaden herausgegeben. Der Verfasser wurde zu derselben durch die Rheinüberschwemmung von 1882 angeregt und die Broschüre ist damals von den Behörden in 5000 Exemplaren angekauft und in den Überschwemmungsgebieten vertheilt worden. Die demnächstigen Entnahmen der Versammlung der Deichhauptmann Wunderlich und 8 Deichgesetzore, außerdem eine gräßere Anzahl von Vertretern der staatlich organisierten Deichgenossenschaften und der nicht organisierten Polter- und Entwässerungsverbände. Nach Gründung der Versammlung und nachdem der Deichhauptmann Wunderlich der Staatsregierung den Dank des Verbandes für die Niederung bei dem jetzigen Nothstande gewährte thatkräftige Fürsorge ausgesprochen hatte, gab der königl. Commissar einen Überblick über die Maßregeln, welche seit Beginn der Überschwemmung im Interesse der Sicherheit des Inundationsgebietes getroffen waren, besprach insbesondere die sofort nach der Katastrophe bei Jonasdorf eingeleiteten Vorarbeiten zum Absangen des Deichbruches und wies dabei mit Bank auf die Brüche hin, welche der Herr Oberpräsident als Chef der Strombau-Verwaltung hierzu gewährt hat. Darauf führte der Commissarius aus, daß nach Absangung des Bruches unverzüglich die Arbeiten zur Herstellung der zerstörten Binnendeiche und Entwässerungsanlagen begonnen werden müßten, damit die Trockenlegung der Niederung keine Verzögerung erleide. Er stellte sodann die Frage zur Größerung, ob es möglich sei, schon jetzt — vor Absangung des Bruches — Vorbereitungen für die spätere Entwässerung zu treffen. Da in dieser Beziehung bestimmte und übereinstimmende Vorschläge nicht gemacht wurden, so erfuhrte der Commissar die Anwesenden, jene Frage in engeren Kreisen in Erwägung zu ziehen und in einer demnächst anzuberuhenden weiteren Sitzung positive Vorschläge zu machen. Da dem Auspumpen des Wassers die Freilegung und Herstellung der Binnendeiche vorangehen muß, so wurde mit Herrn Hauptmann Behn vom Pionier-Bataillon Nr. 2 und Deichhauptmann Wunderlich vereinbart, daß dieselben sofort das Inundationsgebiet bereisen und gemeinschaftlich diejenigen Stellen der Deiche feststellen sollten, an welchen vorläufig Aus-

\* [Feuerfahrt.] Dom hydrographischen Amt der kaiserl. Admiralität ging nachstehendes Telegramm ein: „Feuerschiff „Lafoe Trindelen“ hat am 16. d. seine Station eingenommen.“

\* [Dampfschiffahrt.] Uebermorgen (Freitag) wird der Dampfer „Legan“ seine Fahrten zwischen dem Legeborghafen und Weichselmünde wieder aufnehmen.

\* [Stadttheater.] An Stelle des verstorbenen Historienmalers Enß ist Herr Generalemaler Grawowksi hier selbst vom Curatorium des Stadttheaters zu dessen Custos erwählt worden.

\* [Städtisches Lehramt.] Die heutige Monats-revision wies wiederum eine kleine Steigerung des Pfänderbestandes, und zwar von 27838 Stück, beliehen mit 231 767 Mk., gegen 27 632 Pfänder mit 229 477 Mk. Pfändersumme um Mitte März nach.

\* [Fischfang per Dampfmaschine.] Wie der Breitling gewisse Meeresstriche, so bevölkert der Stichling jetzt in d



